

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 6. Oktober 2025

Dossier Nr. 11735, «Echo der Zeit» vom 30. August 2025 – «Österreich-Debatte über die Neutralität»

Sehr geehrte Frau XY

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 15. September 2025, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

[«https://www.srf.ch/audio/echo-der-zeit/oesterreich-debatte-ueber-die-neutralitaet?partId=SIGb2CwFIndP9XS5QQFrkaug6U8](https://www.srf.ch/audio/echo-der-zeit/oesterreich-debatte-ueber-die-neutralitaet?partId=SIGb2CwFIndP9XS5QQFrkaug6U8)

«Radio DRS 1 - mediale Nato-Propaganda?»

Statt objektiv anhand unterschiedlicher Sichtweisen über die Frage der Neutralität in Österreich zu informieren, brachte DRS 1 im Echo der Zeit vom 30.8.25 einen einseitigen Beitrag, der in der Empfehlung gipfelte, Österreich solle der Nato beitreten

Es ist eine Zumutung, was Radio DRS 1 - finanziert mit unseren Steuergeldern! - an tendenziöser Berichterstattung zur Frage der Neutralität fabriziert.

Zu Beginn berichtet der DRS1 Reporter aus Wien, dass die Neutralität in Österreich unter Druck geraten sei. Daher werde es im September drei Bürgerforen geben, um „eine neue Sicherheitspolitik zu definieren“. Das würde „in Moskau nicht gerne gesehen,“ so der Reporter und fährt weiter: "Medwedew drohte gestern, in bekannter Manier, Russland könnte bei einem allfälligen Nato-Beitritt Österreichs das Land angreifen".

Damit wird suggeriert, dass Russland - quasi als ‚Strafaktion‘ - Österreich angreifen werde, wenn es der Nato beitreten würde.

Aber was Medwedew sagte, war etwas ganz anderes. Der ehemalige russische Präsident und jetzige stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates sagte, wenn Österreich der Nato beitreten sollte, dann würde es „in die Einsatzpläne der russischen Streitkräfte einbezogen,“ so die Berliner Zeitung am 1.9.25. Das heisst, dass Russland bei einem Krieg mit der Nato Österreich nicht mehr als neutralen Staat, sondern als Mitglied der Nato betrachten würde mit den entsprechenden militärischen Konsequenzen.

Eine solche Berichterstattung ist nicht seriös, was zwei mögliche Gründe haben könnte: a) Entweder wurde schluderig recherchiert oder b) bewusst manipuliert mit dem Ziel, bei der Zuhörerschaft Ängste zu schüren und sie damit zu präparieren, sich emotional und rational von der Neutralität zu distanzieren, mit dem Ziel, die Zuhörerschaft ‚natoreif‘ zu ‚schiessen‘. Der weitere Verlauf der Berichterstattung deutet darauf hin, dass Grund b) zutreffen könnte. So merkt der Reporter an, die Neutralität werde „zunehmend hinterfragt, vor allem von militärischen Sicherheitsexperten“. Der „ehemalige Brigadegeneral Walter Faichtinger, lange Jahre Leiter des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der berühmten Landesverteidigungsakademie“ bezeichne die Neutralität als „Lebenslüge“, so der Reporter. Auch ein früherer General, Günther Höfler, wird interviewt, der die Neutralität als „Lebenslüge“ bezeichnet: „Wir haben lange geglaubt, (...) dass die Neutralität uns schützt (...) aber wir wissen (...) dass die Neutralität nie ein Land geschützt hat.“

Zum Schluss bringt der Reporter einen Nato-Beitritt von Österreich ins Spiel und sagt: „Aus rein sicherheitspolitischer Sicht sollte Österreich der Nato beitreten wie Schweden und Finnland.“ Dann ist wieder der frühere General Höfler zu hören. Wenn Österreich den Schutz des eigenen Landes wirklich ernst nehmen würde, „dann würde ich sagen, sollte man einen Nato-Beitritt diskutieren.“ Auch hier hat der Reporter Höfler überzeichnet zusammengefasst. Dieser hat nicht von einem Nato-Beitritt gesprochen, sondern darüber, dass ein solcher in Österreich diskutiert werden sollte.

Besonders stossend an diesem Beitrag von DRS1 ist, dass er mit keiner Silbe auf die namhafte österreichische Widerstandsbewegung eingeht, die die Abschaffung der Neutralität und den Nato-Beitritt ablehnt. So zum Beispiel Günther Greindl, General im Ruhestand. Eine ausgewogene Berichterstattung hätte dieser Bürgerbewegung für ihre Argumente für eine Beibehaltung der Neutralität genau so viel Zeit einräumen müssen.

Eine solch lückenhafte Berichterstattung hat zur Folge, dass man verlässlichere Informationsquellen nutzt und den Sinn einer steuerlichen Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien immer weniger einsieht.»

Vorbemerkung:

Es ist noch eine weitere Beanstandung zu dieser Sendung eingegangen, die von den Argumenten her fast deckungsgleich ist mit der vorliegenden Beanstandung. Die Redaktion hat für beide Beanstandungen die gleiche Stellungnahme verfasst. Auch die Ombudsstelle stützt sich in ihrem Schlussbericht auf Äusserungen zur anderen Beanstandung.

Die Redaktion nimmt wie folgt Stellung:

Anlass für eine journalistische Berichterstattung, gerade über Entwicklungen und Ereignisse im Ausland, ist in der Regel das Aussergewöhnliche, das Unerwartete. Etwas salopp ausgedrückt: Wenn in einem Land die Züge immer pünktlich ankommen, ist ein verspäteter Zug eine Nachricht wert. Und umgekehrt. Wichtig ist indes, dass für das Publikum jeweils deutlich wird, was der Normalfall ist. Es gilt also, dem Missverständnis vorzubeugen, der Ausnahmefall – der verspätete Zug – sei der Normalfall.

Österreich ist ein neutrales Land. Dazu bekennt sich, gemäss Umfrageergebnissen, eine Mehrheit der Österreicher weiterhin. (Hingegen gibt es keine Erhebungen darüber, ob – wie der Beanstander behauptet – der Grossteil der militärisch Verantwortlichen hinter der heutigen Form der Neutralität steht.) Der Autor des Beitrags machte bereits in seinem allerersten Satz deutlich, was der Normalfall ist. Nämlich indem er feststellt, dass für Österreich die Neutralität der Kern des nationalen Selbstverständnisses war und ist. Bei der Neutralität handle es sich um das, was Österreich in seiner heutigen Form und nach der Zerschlagung des Habsburgerreiches nach dem Ersten Weltkrieg zusammenhalte.

Er zeigt dann aber auf, dass es nicht zuletzt seit dem russischen Angriff auf die Ukraine Stimmen gibt im Sicherheits-Establishment, die Zweifel haben und äussern. Und zwar gewichtige, relevante, sachlich kompetente Stimmen. Ehemalige und aktuelle Generäle, aber ebenso die neue Aussenministerin. Sie hinterfragen, sie sind skeptisch, ob die Neutralität noch immer das zentrale Leitprinzip der österreichischen Sicherheits- und Aussenpolitik sein soll. Und sie lancieren damit eine Debatte.

Und sie stellen ausserdem fest, was durch eine Vielzahl von strategischen und militärischen Studien im In- und Ausland solide belegt ist, dass Österreich heute ausserstande wäre, sich allein gegen einen Angriff, etwa einen russischen militärisch zu verteidigen. Da gibt es Parallelen zur Schweizer Verteidigungsfähigkeit.

Im Beitrag wird keineswegs behauptet, alle oder auch nur die Mehrheit von Fachleuten und Akteuren in der österreichischen Sicherheitspolitik und im Militär schlossen sich dieser Kritik an. Und erst recht wird nicht gesagt, die Bevölkerung wende sich deswegen von der Neutralität ab. Aufgezeigt wird jedoch, dass jene, welche die Sinnhaftigkeit und Zweckmässigkeit der Neutralität in Zweifel ziehen, eine Diskussion ausgelöst haben. Eine Diskussion, die nun auch die Politik, konkret die Aussenministerin aufgegriffen hat, indem sie die Thematik schon demnächst auf drei grossen Bürgerforen diskutieren lassen will.

Aus Schweizer Sicht und für ein Schweizer Publikum ist es interessant, erstens festzustellen, dass sich das neutrale Österreich ebenfalls mit der Neutralitätsfrage befasst. Das zu zeigen, war der Sinn des Berichts im «Echo der Zeit». Und es wird zweitens interessant sein, wie die Debatte in Österreich verläuft, welche Argumente vorgebracht werden und zu welchen Schlüssen unsere Nachbarn gelangen.

Die Aussagen in dem Beitrag aus Österreich waren nach unserer Einschätzung allesamt sachgerecht. Oder es handelte sich um Sichtweisen, die man zwar nicht teilen muss, die jedoch plausibel begründet wurden. Das Vielfaltsgebot wiederum lässt sich selten in einem einzigen Beitrag erfüllen. Zumal wir hier gar nicht den Anspruch erhoben, mit Pro- und Kontrastimmen die österreichische Neutralitätsdebatte umfassend abzubilden. Vielmehr wollten wir aufzeigen, dass eine solche nun beginnt. Selbstverständlich werden wir im Vorfeld der Schweizer Abstimmung über die Neutralitätsinitiative gemäss unserem Auftrag Befürworter und Kritiker in gleichem Mass zu Wort kommen lassen.

Die Ombudsstelle hält abschliessend fest:

Der beanstandete Beitrag nimmt Bezug auf die sicherheitspolitische Diskussion in der Schweiz und in Österreich. Die Schweiz stimmt 2027 über die «Neutralitäts-Initiative» ab und in Österreich finden drei Bürgerforen statt, um eine neue Sicherheitspolitik zu definieren. Das werde in Moskau nicht gerne gesehen, sagt Peter Vögeli und zitiert Dmitri Medwedew, Ex-Präsident und stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation: Bei einem allfälligen Nato-Beitritt Österreichs könnte Russland das Land angreifen. Vögeli stützt sich dabei auf den Kommentar Medwedew in einem Kommentar auf der russischen Plattform RT. Dort kündigte er «nicht näher spezifizierte Gegenmaßnahmen» an und stellte sogar die Rolle Wiens als internationaler Diplomatienstandort in Frage. Medwedew warf Österreich vor, seine verfassungsmässig verankerte Neutralität aufzugeben und zog Parallelen zu Schweden und Finnland, die nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine 2022 der Nato beitraten. Ein Beitritt, so Medwedew, würde «den Geist von Wien zerstören» und die Ansiedelung internationaler Organisationen wie UNO, IAEA oder OSZE gefährden. Rechtlich berief er sich auf den österreichischen Staatsvertrag von 1955 sowie das Moskauer Memorandum. Ein Nato-Beitritt ohne Zustimmung aller Vertragspartner – darunter auch Russland – sei völkerrechtswidrig. Medwedew verwies zudem auf militärische Kooperationen Österreichs mit Nato und EU – von Truppen- und Transportdurchmärschen bis hin zu Ausbildungsmissionen – und sprach von einer «schleichenden Militarisierung». Abschliessend warnte er, dass das Bundesheer bei einem Nato-Beitritt Teil der «operativen Planungen der russischen Langstreckenkräfte» werden könnten. Das kann nicht anders als so interpretiert werden, dass Russland Österreich bei einem Nato-Beitritt angreifen könnte.

Allein mit der Nennung des Verteidigungsbündnisses ist naheliegend, dass militärische Sicherheitsexperten von Österreich zu Wort kommen. Das ist denn auch der Fall, aber erst, nachdem Peter Vögeli betont, dass die österreichische Neutralität Kern seines Selbstverständnisses war und ist und sie zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber zunehmend hinterfragt wird. Zumal unbestritten ist, dass die aktuelle europäische Sicherheitslage Österreich zwingt, seine Verteidigungsfähigkeit neu zu bewerten.

Nirgends wird gesagt, die Mehrheit der Militär-Experten bezeichne die Neutralität als «Lebenslüge». Aber Walter Feichtinger, ehemaliger Kommandant des Panzerbataillons 10, sicherheits- und verteidigungspolitischer Berater im Bundeskanzleramt, Generalsekretär der Österreichischen Offiziersgesellschaft und Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement sowie Günter Höfler, ehemaliger Armeechef und Leiter der österreichischen Militärvertretung in Brüssel sind gewichtige Stimmen, deren kritische Haltung nicht zuletzt aufgrund des Angriffskriegs gegen die Ukraine durchaus Gewicht haben. Und wie die Redaktion zutreffend schreibt: Interessant sind vor allem die Stimmen, von denen man das Infragestellen der Neutralität nicht unbedingt erwartet, die aber angesichts der neuen sicherheitspolitischen Frage sinngemäss feststellen, dass der neutrale Kleinstaat seine internationale Rolle 50 Jahre nach dem Kalten Krieg und als EU-Mitglied hinterfrage, weil man mit einer Idealisierung der Neutralität nicht weiterkomme.

Gegen den Schluss des Berichts bringt Peter Vögeli tatsächlich einen möglichen Nato-Beitritt von Österreich ins Spiel. Aber nicht als eigene Meinung, sondern indem er Höfler nochmals zitiert, der aus rein sicherheitspolitischer Sicht eine Nato-Mitgliedschaft begrüßen würde, «wenn man den Schutz Österreichs wirklich ernst nimmt».

Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes schreibt vor, dass redaktionelle Sendungen Tatsachen und Ereignisse sachgerecht so darstellen müssen, dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann, wobei Ansichten und Kommentare als solche erkennbar zu machen sind. Das Sachgerechtigkeitsgebot verlangt keine «absolute Vollständigkeit» oder «perfekte Ausgewogenheit in jeder einzelnen Sendung». Entscheidend ist, dass das Publikum nicht in die Irre geführt wird. Da im Beitrag der Normalfall benannt wurde und danach zwei ausgewiesene Fachmänner zu Wort kommen, ist eine Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots nicht gegeben. Die journalistische Praxis, das Aussergewöhnliche hervorzuheben, wird auch von der Unabhängigen Beschwerdeinstanz anerkannt.

Das Vielfaltsgebot gemäss Art. 4 Abs. 4 RTVG schliesslich betrifft das Gebot, einseitige Tendenzen in der öffentlichen Meinungsbildung *in der Gesamtheit* der Programme zu beachten. Es geht also nicht darum, die Vielfalt der Ansichten in einer Sendung angemessen zum Ausdruck zu bringen. Das Vielfaltsgebot wäre dann tangiert, wenn die Neutralitätsdebatte als relevantes Thema über eine längere Zeit aufgegriffen würde. Also beispielweise im Vorfeld der Abstimmung über die Neutralitäts-Initiative in der Schweiz. Die Neutralitätsdiskussion in Österreich ist (noch) nicht so relevant, dass SRF verpflichtet wäre, in der Gesamtheit der Berichterstattung auf eine strikte Ausgewogenheit zu achten.

Zusammenfassend gelangt die Ombudsstelle zum Schluss, dass der beanstandete Beitrag weder gegen das Gebot der Sachgerechtigkeit (Art. 4 Abs. 2 RTVG) noch der Vielfalt (Art. 4 Abs. 4 RTVG) verstösst.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz